

**Ersteinst täglich**  
nachmitt. mit Ausnahme  
des Sonn- und Feiertags.

**Abonnementpreis**  
monatlich 80 Pf.  
vierteljährlich 2.40 Mk.  
jährlich 8.40 Mk.  
pächterfrei ins Haus.  
wird die Post bezogen  
1.00 Mk. extra beizufügen.

**Die Neue Welt**  
(Unterhaltungsbeilage)  
durch die Post nicht bezogen,  
kostet monatlich 10 Pf.  
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.  
Telegraphen-Adresse:  
Volksblatt Halle/Saale.

# Die Neue Welt

**Sozialdemokratisches Organ**

**Insertionsgebühren**  
besteht für die Spalten  
Preisobergrenze von 100 Pf.  
für die Wohnung.  
Zahlungsdauer  
einmalige Anzeigen 10 Pf.  
Im rezeptionsfreien Kreis  
auf die Seite 75 Prozent.

**Interate**  
für die Abgabe Nummer  
müssen spätestens bis zum  
mittigen 10 Uhr in der  
Expedition aufgegeben  
sein.

Eingetragen in der  
**Postzeitungs-Liste**  
unter Nr. 7908

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Naumburg-Weißfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21, Hof 2 C

Expedition Geisstr. 21, Hof part. 7

## In die Ortskrankenkassen

im Bezirke der Landes-Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.

Die 1. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Ortskrankenkassen im Bezirke der Landes-Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt findet am  
**Sonntag, den 29. Juni 1902, vormittags 1/2 12 Uhr**  
in Osborgs „Reisebureau“ in Halle a. S., Lindenstraße 78  
statt mit folgender Tagesordnung:

1. Berichterstattung des Vorstandes und Wahl einer Kasse zur Prüfung der Jahresrechnung.
2. Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt und die Krankenkassen im Bezirke derselben. Referent: Herr Paul Kampffmeyer, Cronberg i. Taunus, Mediziner der Krankenkassen-Zeitung.
3. Die Ergebnisse der Umfrage vom April d. J. Referent: Herr Erich Wendlandt, Magdeburg.
4. Anträge. (Siehe unten.)
5. Wahl des Vorsitzenden und des Vororts.
6. Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung.
7. Verschiedenes.

### Anträge.

1. Der Verband möge den Anschluss an den Zentralverband für die Ortskrankenkassen Deutschlands vollaufen.
2. Der Verbandsvorstand möge bei den eingehenden Körperlichkeiten durch eine Eingabe dahin wirken, dass durch Verlesung geleitet wird, doch bei Aufnahme von Beiträgen ein ärztliches Gutachten beizubringen ist, ob sich dieselben für den von ihnen gewählten Beruf eignen.
3. In Anbetracht, dass eine große Zahl Ortskrankenkassen des Bezirkes der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt angegliedert ist, viele ihrer Mitglieder, die einer Spezialbehandlung bedürfen, in die künftige Universitätsklinik zu Halle a. S. zu überweisen, jedoch wiederholt Beschwerden über Behandlung und Verpflegung, als auch über Berechnung von Verbandskosten und anderen außerordentlichen Unkosten geführt haben, beschließt die Generalversammlung, eine lokale Kommission zu wählen, die alle Angehörigen, welche gegen die künftige Klinik gerichtet sind, entgegenzunehmen und über deren Mitteilung mit der Verwaltung der Klinik in Verbindung zu treten hat. Die Kommission ist verpflichtet, der beiderweidseitigen Kasse nach Erledigung des halbes Mittelteil zu machen und über ihre getragene Tätigkeit der folgenden Generalversammlung Bericht zu erstatten.
4. Ist zu empfehlen, die Rezepte einer Prüfung zu unterziehen? Welche Erleichterung ist damit gemacht und welche Kosten entstehen dabei?
5. Welche Erleichterung ist mit der fakultativen Priorität für Familienangehörige mit Ertragsbeiträgen gemacht?
6. Die Generalversammlung wolle beschließen, alljährlich eine Statistik über die Anzahl der Erkrankungen (Art und Dauer

der Krankheiten und Todesfälle) in den einzelnen Bezirken der dem Verbands angehörenden Kassen zu veröffentlichen.

Ortskrankenkasse für verleidende Bezirke, Widerspruch.

7. Die Generalversammlung wolle die Vorgehensweise in Bezug auf die Krankenkassenfrage eingehend behandeln.

Allgemeine Ortskrankenkasse Stendal.

8. Die Generalversammlung wolle darüber verhandeln, ob es für die Kassen vorteilhaft ist, wenn sich dieselben ein eigenes Verbandslokal- und Brillenlager halten.

Allgemeine Ortskrankenkasse Stendal.

Es darf erwartet werden, dass die interessante Tagesordnung nicht nur eine zahlreiche Beteiligung der dem Verbands beizugehörigen 75 Ortskrankenkassen sichert, sondern dass auch neben den Behörden, welche wir einladen, und zwar den Herrn Regierungs-Präsidenten, den Magistrat von Halle und den Vorstand der Landesversicherungsanstalt, welche aller Wahrscheinlichkeit nach Vertreter entsenden werden, auch eine große Zahl Mitglieder der übrigen, dem Verbands nicht angehörenden Kassen, als Gäste anwesend sein werden.

Wir bitten daher, dass die Delegierten auch durch den Vorstand bestimmt werden können, so dass zur Wahl derselben eine Generalversammlung nicht erforderlich ist. Die Gewählten bedürfen einer Legitimation des Vorstandes. Gleichzeitig bitten wir, das Resultat der Wahl, die Namen der Gewählten, sowie etwaige Wünsche der Betreffenden bezüglich der Quartiere usw. an uns gelangen zu lassen, damit wir in richtiger Weise disponieren können.

Die Zeitungen unserer Probing werden um Nachdruck ersucht.

Als allezeitige und zweckentsprechende Unterstützung aller Faktoren rechnen wir.

Der Vorstand des Verbandes der Ortskrankenkassen im Bezirke der Landes-Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.

Alwin Brandes, Vorsitzender, Magdeburg, Knochenhauerstraße 27-28, 1.

## Krankheits-Statistik der Krankenkassen.

Der Verwaltungsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Magdeburg für das Jahr 1900 enthält, wie vor kurzem schon von uns erwähnt worden ist, die Resultate einer von dem Abenden der Kasse, dem Genossen Erich W. d. Landt, ausgearbeiteten Krankheits-Statistik, deren Resultat ebenso interessant und lehrreich, wie zuverlässig und einwandfrei ist, weil bei Aufstellung der Statistik alle in Betracht kommenden Grundfälle und Gesichtspunkte berücksichtigt wurden. Wendlandt hebt hervor, dass jene Arbeit ein Versuch gewesen ist, dessen Ergebnisse wegen der geringen Mitgliederzahl der Kasse (rund 4000) nicht verallgemeinert werden dürfe. Das trifft zu. Aber der Wert der Wendlandtschen Arbeit liegt weniger in den ermittelten Resultaten, als das sie, genau so wie die Köhnigsche Wohnungsstatistik ein Vorbild sein kann für andere Krankenkassen. Und zwar nicht nur für allgemeine, d. h. in denen die verschiedenartigen Bezirke vereinigt sind,

sondern auch für die Kassen einzelner Gewerbe resp. Industriezweige.

Die bei der Aufstellung einer solchen Krankheits-Statistik in Betracht kommenden Grundfälle und sonstigen Gesichtspunkte entwickelt Wendlandt folgendermaßen: „Zu nachgelieferten werden, dass dieser oder jener Betrieb zu größeren Krankheitshäufigkeiten und Erkrankungsgefährlichkeiten hinneigt, das auch auf Grund der Art des Betriebes die Krankheitsdauer, durch die Schwere der Erkrankungen bedingt, hier länger ist als dort, so müssen die in einem Betriebszweige vorhandenen Erkrankungen, d. h. die mit Arbeitsunfähigkeit verbunden, auf die einzelnen Betriebe verteilt resp. geteilt werden. Dabei ist die Angabe der für ein Gewerbe innerhalb der Kasse vorhandenen Anzahl der Betriebe notwendig und die Angabe der in diesen Bezirken und Gewerben im Durchschnitt beschäftigt gewesenen Zahl der Mitglieder, die männlichen gesondert von den weiblichen. Denn auf Grund des Verhältnisses der in einer Betriebsart beschäftigten Personen zur Zahl der Betriebe lässt sich der Grundtypus aufstellen, das die kleinen Betriebe durch schlechtere Verpflegung der hier beschäftigten Personen, durch unzureichende Arbeitszeit die Erkrankungsgefährlichkeit beleben, während größere Betriebe — abgesehen allerdings von der durch die Größe des Betriebes verursachten Schwere der Erkrankungen, s. B. Verletzungen, Erkrankungen der Lungen und Respirationsorgane — durch bessere Verpflegung der Arbeitsleistung, was die gemeinschaftlichen Organisationen, die in größeren Betrieben ihre Stützpunkte haben, ihr Bestes anzuhängen, durch geregelte Arbeitszeit und Eindämmung der Überlebensarbeit im allgemeinen und durch verlässliche Einwirkung in sozialer, hygienischer und moralischer Beziehung eine geringere Erkrankungsgefährlichkeit zeigen. . . . Desgleichen muß das Verhältnis der weiblichen Personen, die in einer Betriebsart beschäftigt werden, zu den männlichen berechnet werden. . . . Auch in Hinsicht auf die Krankheitsdauer ist diese Trennung einzuhalten und zwar für die ganze Dauer der Krankheit. . . . Von Wert ist auch die Feststellung, an welchen Tagen der Woche die meisten Erkrankungen vorkommen. Das hierbei auch gleichzeitig die Unterteilung auf die Monate des Jahres Platz greift, ist selbstverständlich. Denn auch die Jahreszeiten haben ihre besonderen Erkrankungen, und wenn noch die Temperaturverhältnisse am Orte beleuchtet und bemerkt werden, wäre alles getan, um die Wichtigkeit zu finden, eine allgemein gültige Statistik nach hygienischer und sozialer Beziehung zu konstruieren.“

Die auf diesen Grundfällen aufgebaute Statistik des Genossen Wendlandt ergibt nun, dass in Bezug auf das Verhältnis der Erkrankungsfälle in denselben Betrieben stehen die folgenden Betriebsarten: Brauereien, Brunnengeschäfte, Bierbrauereien, chemischen Fabriken, Dachpappenfabriken, Drahtwarenfabriken, elektrischen Geschäften, Korbfabriken, Krebelfabriken, Mäulerei, Seifenfabriken, Steinmegelgeschäfte, Tapetenfabriken, Tischlereien, Wagenfabriken und Waffelfabriken. Größtenteils unter dem Verhältnis zu gunsten der Betriebsart stehen, d. h. also weniger Erkrankungsfälle betreffen die Bade- und Bäderhallen, die Bildhauerer (Holz und Stein), die

74)

(Nachdr. berb.)

## Um die Freiheit.

Geschichtlicher Roman aus dem Deutschen Bauernkrieg 1525 von Robert Schöndel.

„Gib mir die Freiheit, das die Gewalt, die ihm auf seiner geheimen Wunsch geschah, seine Gerechtigkeit täuschen würde, während sein Verhalten auf der anderen Seite die Bauern mit Misstrauen gegen ihn erfüllen sollte. Würde dieses auf die eine oder die andere Weise gerechtfertigt, so dürfte er auf eine um so schrecklichere Verurteilung gefaßt sein. Seine eigenen Bauern hatten ihren Antanzen hatten sich der Revolution angeschlossen. Nur einen kleinen Punkt gab es in diesem Dunkel für ihn. Das Blut des alten Kaufmannsritters regte sich wieder. Er konnte wieder zu Pferde steigen, wieder raufen, seinen alten Gegnern, insbesondere dem Bischof von Bamberg, hart zu Leibe gehen.“

„Anderen Tages ritt er mit zwei Knechten nach Buchen. Die Bauern standen im Ring; es wurde über Wichtiges abgemittelt. Schon in Ballenberg hatte Florian Geber vorgezogen, die aus Weiskland heimkehrenden Kaufleute anzuziehen, um durch sie dem Bauern einen festen Kriegsvorgang zu geben. Wie nun Florian, Metzler, Meuter und andere vom Rate diese Maßregel vorschlugen, wollten die Bauern sie nicht annehmen. Sie befürchteten durch die Kaufleute in ihrem Anteil an der Meute gekürzt zu werden. Denn es gab unter ihnen eine sehr große Menge, die zur wahren Bedeutung des Aufstandes noch nicht durchgedrungen waren, sondern nur um der Meute willen mitfahren und zu ihrem Vorteil zurückkehren, wenn ihre Fahrgäste befreit war. Es war eine lustige Fahrt gewesen, von der sich noch lange erzählen ließe.“

Um diesen Streikbilden auszuweichen, hatte Wendel Spierer vorgezogen, das fortan jeder, der zum Jaung aufgenommen wurde, bis zur Beendigung des Volkskrieges bei der Fahne verbleiben müßte. Es gelang aber ihm und den Räten nicht, die Bauern davon zu überzeugen, wie notwendig zu ihrem eigenen Wohle die vorgezogene Bestimmung sei. Oben wie unten dem Ring sich näherte, erhob sich ein überwiegender Meier

der Hände auch hiergegen. Ein Dorfschneider hielt sich seinen Spieß vor und forderte ihn auf, sich gefangen zu geben und vom Pferde zu steigen. „Gib, der meit und breit gefürchtete Baudegen, vermochte über das komische seiner Lage nicht zu lachen. „Du hast gut reden,“ antwortete er, „so diele hast Du um Dich stehen; wenn Du mich draußen im Feld allein fängest, wolle ich Dich loben. Ich bin doch zuvor gefangen.“

„Und ich sag Dir, es ist Dein Tod, wenn Du mit unser Hauptmann wirst,“ drohte der Schneider.

„Ich will aber nicht!“

„Doch Dich Gott's Marter schänd, Du mußt,“ fluchte der Dorfschneider. „Herunter vom Pferd!“

„Gib mir die Freiheit,“ rief er, „ich gehöre in den Ring. Die erregten Stimmen der Meute und des Bauens bedeuteten ihm, daß die Zeit des Sinkhaltens vorüber sei. „Wohlan denn,“ sprach er, „da Ihr mich also drängen und zwingen, so follet Ihr wissen, daß ich nicht anders handeln will, sofern mir Gott die Gnade giebt, denn was ehrlich, redlich und ehrlich ist und ehrenvoll gegnet und gebührt, und wo Ihr nicht ehrliche und dritliche Handlungen vornahmet, wolle ich eher sterben, als mich zu Euch heimlichen. Benignen mich, ich niemals in eine tyrannische Handlung willigen, wie die Ermordung von Weiskland war.“

„Es ist geschienen,“ antwortete ihm Jörg Metzler mit einem Aufschrei, „wo nicht, geschah es vielleicht nimmer.“

„Die Verzörer und Wessentrenne müssen alle dran,“ gelte eine weibliche Stimme und die Bauern schlugen flüchtig ihre Wehren zusammen. Die schwarze Kömmanin schrie es. Seit dem Jählein Hochloch nach Maulbronn gegangen war, zog sie mit dem hellen Huten. Die Bauern sahen mit scharfer Ehrfurcht seit dem Tage von Weiskland auf sie. Sie hielten sie für eine Prophetin und glaubten an ihre übernatürliche Macht.

„Gib gelobte, ohne jede Bedingung, auf vier Wochen zunächst ihr Hauptmann zu sein und leistete den Eid auf die zwölf Artikel. Raun aber lag er mit dem Hauptleuten in der Ferberge, so begann er an den Artikeln zu mädeln. Sie sollten der Obrigkeit wieder gehorchen sein, verlangte er, Jähnen, Hülsen und Fehnden leisten, wie es Gefommen sei und die Befreiung aller Wängel ihren Herren anheimstellen. Die Bauern lachten ihn aus und er brachte für Spott nicht zu fargen.

„Meinet Ihr, daß wir Euch darum zum Hauptmann gemacht haben?“ fragte „Wah! Geber von Weiskland mit stehenden Blicken. Dann hatten wir keinen Aufstand zu machen nötig gehabt, sondern hätten ruhig dabeim bleiben können.“

„Gib mir die Freiheit,“ rief er, „ich gehöre in den Ring.“

„Gib bestand vorläufig nicht weiter darauf,“ Gelobte erlangte er das Verprechen, daß die letzten Häuser und Burgen der Gellerte auf den weiteren Zug verhandelt werden sollten. Das dieser Zug auf Würzburg ging, war ihm sehr wider den Eintrag. Er brauchte, um sich in seiner Entscheidung zu bestätigen, einen Erfolg und er fürchtete, daß sein Feldherrenrat die Probe durch die Belagerung des sehr starken Marienberges nicht bestehen würde. Er schlug deshalb vor, zunächst die Reichstadt Schwäbisch Hall in den Bund zu bringen, was kein schweres Unternehmen sei, und verübte sich, daß er nur zu schreiben brauche, um sogleich zehntausend Pferde dem Meer zuzuföhren. Dann sollten alle Kaufen herangezogen werden und mit dieser ungeheuren Macht wolle er dem Schwäbischen Bund im freien Felde entgegengehen. Nach ein oder zwei Schladten, an deren glücklichen Ausgange er nicht zweifelte bei solcher Uebermacht, müßten dann alle zeitungen, Schiffer ihnen von selbst zufallen.

„Aber auch damit drang er nicht durch. Das Meer zog weiter durch das mächtige Gebiet auf das reiche Benediktinerkloster Amorbach, Bischof von Verlichingen und Jörg Metzler als oberste Kommandeure an der Spitze. Das Kloster erlitt das Schicksal von zehntausend. Der helle Kaufen brach herein und raubte alles, was nur einigen Wert hatte: Kleider, Gefäße, silberbedeckene Bücher, Infuln, und verbrachte weder Orgel noch Altar noch Reliquien. Und nach den Bauern kamen die Amorbacher und ihre Nachbarn und trugen alles heilige Gut fort, bis auf die Bretter, die Dachstuhl und die vorräthigen Bausteine. Das Wiederbreiten des Klosters, wozu schon der Befehl erteilt worden, unterließ auf die Bitten des Rates von Amorbach. Nur die Zinsbücher wurden dem Feuer überantwortet. Die Meute wurde verkauft und jede Meute erhielt ihren Teil. Bischof erkund auf ihrem Teil noch für einundzwanzig Gulden Reichsbild, darunter eine hundert Gulden. Die Meutefrau zertrennte, und aus deren Fellen und Gebeinen sie sich ein Halsgeschmeide machte. Von dem Kaufpreis liegen ihm die vergünstigen Bauern fünfzig Gulden nach. (Fortf. folgt.)



bei der ständischen Regierung beliebt zu machen, die über das Verbleiben der übrigen Mäde in Tienfin nicht erbaute ist.

Ueber die Vorerbeteung teilt das Telegramm eines amerikanischen Missionärs mit, daß dieselbe sich in der Provinz Sutschuan wieder geltend mache. Eine Methodisten-Gesellschaft wurde von den Wörern gestiftet und 10 eingeborene Schwestern ernannt.

**Parteinachrichten.**

Die sozialdemokratische Presse in Dänemark. In Kopenhagen findet zur Zeit ein nordischer Brodtagesskongress statt, der mit einer Presse-Ausstellung verbunden ist. Auf dieser Ausstellung spielt auch die sozialdemokratische Presse Dänemarks eine bedeutende Rolle. Durch bildliche Darstellungen wird das Wachstum der Presse unserer dänischen Bruderpartei trefflich illustriert. Das Zentralorgan Sozialdemokraten wird durch einen mächtigen Baum symbolisiert, dessen 22 harte Äste die Provinzialblätter darstellen. Auf dem Stamm steht die Zahl 73000, die Abommenschaft der sozialdemokratischen Presse Dänemarks; bei einer Einwohnerzahl von ca. zwei Millionen gewiß eine respektable Anzahl; aber mindestens viermal so groß ist die Zahl der Leser. An einer Seitenwand ist Sozialdemokratisches Jubiläumsummern-Verzeichnis 1899, als das heftigste Organ im Jahr 25. Lebensjahr erreicht hatte, angeführt. Insgesamt werden in Dänemark 210 Tageszeitungen herausgegeben, davon 18 in Kopenhagen. Die Gesamtzahl der Exemplare, in der die dänischen Tageszeitungen erscheinen, beträgt 600000.

Als sozialdemokratischer Reichstags-Kandidat für den Wahlkreis Wiesbaden soll nach einer Meldung der Frankf. Zeitung der freiwillige Brodtag-Welt der am Stelle des (gewonnenen) Dr. Quard-Frankfurt, der bisher in dem Kreise kandidierte, in Aussicht genommen sein. Die Nachricht bedarf noch der Bestätigung.

**Gewerkschaftliches.**

Der Maurerstreik in Stuttgart findet bei den Vertretern der Stadt nicht die Sympathie, die der Straßenbahnerstreik gefunden hat. Bei einer auf den Streik bezüglichen Interpellation gab es zahlreiche Verteidiger der Bauntemnehmer, deren Wortbruch mit seiner Seite erwähnt wurde, obwohl dieser die einzige Ursache des Streikes ist. — Der Streik wird mit großer Energie von den Mauern weitergeführt, auch die Mitglieder des christlichen Bauhandwerker-Verbandes haben sich demselben angeschlossen.

Der Streik der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer in Posen hält auch weiter an. Bis jetzt haben 24 Unternehmer die Forderungen der Maurer bewilligt.

Der Konflikt der Hamburger Maurer ist immer noch auf demselben Punkte.

**Anstand.**

Streit. Kampf der Sandlungsgehilfen um die Sonntagruhe. Am Sonntag wurde in Wien in einer Versammlung sozialdemokratischer Handlungsgeliefer eine Resolution angenommen, in welcher ausgesprochen wird, daß die organisierte Gehilfenschaft entweder nicht vor dem Streik zurückschrecken werde, um die Höhe der zur vollständigen Einführung der Sonntagruhe in Konzessionsangelegenheiten zu veranlassen. Nach der Versammlung verurteilten die Teilnehmer einen Strafauflauf, wurden aber von einem harten Polizeiaufgebot daran gehindert.

**4. Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.**

München, Montag, 23. Juni 1902.

Um 9 1/2 Uhr vormittags begann im Theatralischen Hotel Treffer zunächst die 4. Generalversammlung der Zentral-Verbandsliste in Liquidation, die mit dem Verbandsrat nur in einem sehr engen Zusammenhang steht. Die Tagesordnung war rein geschäftsmäßiger Natur und bestand in der Entgegennahme des Jahresberichts für 1899, 1900 u. 1901. Das Vermögen der Liste bestand am Tage des Infortretens der Liquidation, dem 2. Juli 1899, aus 149 786 11 Mk., am 1. April 1902 noch 102 571 72 Mk.; es ist mithin in den neun Jahren der Liquidation nur ein Verlust von 289 214 39 Mk. erlitten worden. Die Zahl der übernommenen Verbindlichkeiten betrug am Tage des Infortretens der Liquidation (2. Juli 1899) 347, am 1. April 1902 154, mithin sind verstorben 193. Der Sitz der Liste wurde von Stuttgart nach Berlin verlegt und in den Vorstand drei amtierende Personen des Verbands-Vorstandes gewählt.

Punkt 1. Uhr begann sodann im gleichen Saale die General-Versammlung des Verbandes. Der Vorsitzende, Böhm, begrüßte zunächst die aus dem In- und Auslande erschienenen Gäste und sodann wurden die notwendigen Kommissionen gewählt. Hermann Müller, Hermann des österreichischen Buchdrucker-Verbandes, grüßte die erschienenen namens seines Vereines. Böhm gab den Grundgedanken des Vortrags, des Jahresberichts, Redeakte des Süddeutschen Böhmlin, in warmen Worten, und erheben sich die Delegierten zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen. Aus dem Jahresberichtsbericht, dessen Verhandlung den 1. Punkt der Tagesordnung bildet, seien folgende Ziffern wiedergegeben:

Die durchschnittliche Mitgliederzahl des Verbandes betrug 1899 26 344, 1900 28 839 und 1901 30 556, sie hat sich also im Laufe des letzten Jahres um 2144 Personen vermehrt und ist seit 1896 um 10 782 gewachsen. Am 4. Quartal 1901 betrug die Mitgliederzahl 31 731, die sich auf 1045 Druckereien verteilten gegen 865 im Jahre 1899. Entsprechend dieser Stärke sind auch die Leistungen des Verbandes sehr respektable. Der Verband rechnet mit einem Etat von 4814 320 70 Mk., wovon 3168 126 41 Mk. in mindereinstufigen Vorkosten ist. Die Unterhaltungen für Reise, Arbeitslokalität, Krankheit, Invalidität, Urlaub, Begräbnis usw. betragen 1899 850 998 Mk., 1900 1 011 678 07 Mk., 1901 1 476 143 30 Mk. Die Gesamtsumme während der drei Berichtsjahre beträgt 3 458 701 36 Mk.

Nach einer kurzen Erläuterung des Geschäftsberichts durch Böhm trat Freudenreich Stuttgart die Haltung des Vorstandes gegenüber der Sozialdemokratie. Es giebt eine große Zahl Verbandsmitglieder als Parteimitglieder, die dadurch in einen Gewissenskonflikt geraten.

Böhm konstatiert, daß es ihm persönlich bezeichnend erscheint, wenn Mitglieder, die in der Partei eine gewisse Rolle spielen, diese Seite ihrer Tätigkeit als besonders wichtig betrachten, aber andererseits gehen ihm die gewerkschaftliche Arbeit über alles und zudem haben Reichthümer sich ausdrücklich als

Verfasser der Broschüre bezeichnet, an den daher die Ausstellungen zu richten seien.

Reichthümer wundert sich, daß sofort nach Beginn der Generalversammlung auch schon die angeblich unbedingten weisse anarchistische Partei in Schutz genommen werde. Die Erziehung der Mitglieder der Endphase der Broschüre gewesen, nicht Antritt auf die Partei. Nur Voreingenommenheit konnte ihm vorwerfen, daß er nicht und Schalten ungleichmäßig bereit hätte, auch Anträge gegen die Unternehmung und die öffentlichen Unterstellungen nicht zu enthalten. Es sei vielleicht jetzt der Moment gekommen, darauf hinzuwirken, daß die Partei jetzt je voller Animosität gegen die Buchdrucker gemeint sei.

Eine reinliche Scheidung in dieser Hinsicht sei besser. Man müsse deutlich zu erkennen stellen, daß der Verband nicht freis und ständig bedingungslos beizutreten laßt. Geht es es kein agitatorisches Moment, wenn nach außen hin die Einmütigkeit des Verbandes in Frage gestellt werde. Er habe in der Broschüre eine bürgerliche Stimme angeführt, weil diese weit schwerer ins Gewicht falle, als die eines Arbeiterblattes, von dem es in ganz selbstverständlich sei, daß es für Arbeiterinteressen eintrete. Die Kritik an seinen Handlungen möge nicht von direktem Parteigeißel diffamiert werden, sondern vom allgemeinen Standpunkte ausgehen. Es sei ein Unrecht, wenn man ihm unterstellen wolle, daß er sich bei seiner Haltung gegenüber der Partei nur von Hochgefühlen leiten lasse und seinen Vorken lediglich zur Verbreitung verführerischer Propaganda benutze. Man brauchte wahrlich nicht gleich nach der Eröffnung der Generalversammlung die „unwürdige“ Partei in Schutz zu nehmen, sondern hätte besser, einmal zu unteruchen, was der Verband während seines Bestehens schon der Partei und der allgemeinen Arbeiter-Interessen gethan habe. (Bravo!) Statt dessen ergreife weiterhin die erste freie Gelegenheit, um sich beim Parteivorstand wirkungsvoll einzuführen. (Beifall.)

Domini Frankfurt meint, daß nach seiner Ansicht jene Kollegen, die als Parteimitglieder tätig sind, solche ihrer zündendsten und Unbedingtheit abzugeben sollen. Solange ihrer Zeit der Schuld an der Verächtlichung des Kampfbundes zwischen Partei und Verband tragen. (Zehr richtig!) Sie hätten solchen und solchen Darstellungen in der Parteipresse weit entschiedener entgegenzutreten müssen, als dies geschah. Man werde die in der nächsten Zusammenkunft einzusetzen lassen, die sogenannte Verren gegen ihre Pflichten als Verbandsmitglieder gepredigt. (Bravo!) Redner erzählt ein Beispiel von vollständiger Majerung eines Kollegen, der erst dann Sozialdemokrat wurde, als er eine Medaillenurteilung erhielt, und meint, daß die große sozialdemokratische Partei nicht so geringtätig sein möge, wenn in der Polemik scharfe Worte fallen.

Auf Antrag Waffins Berlin wird diese Materie weiter beraten werden bei der Besprechung über die Haltung des „Correspondenten“.

Am Geschäftsbericht wird sodann die Haltung des Zentralvorstandes gegenüber der Kollegenchaft Rheinland-Westfalens scharf kritisiert. Eine ganze Reihe Disziplinärener verbreiten sich über Einzelheiten in dieser Angelegenheit. Von direkt beteiligter Seite wird angeführt, daß der Zentralvorstand an den jetzt bestehenden Zuständen selber Schuld trage. Man werde demselben die nächsten Zusammenkunft einzusetzen lassen, die sogenannte Verren gegen ihre Pflichten als Verbandsmitglieder gepredigt. (Bravo!) Redner erzählt ein Beispiel von vollständiger Majerung eines Kollegen, der erst dann Sozialdemokrat wurde, als er eine Medaillenurteilung erhielt, und meint, daß die große sozialdemokratische Partei nicht so geringtätig sein möge, wenn in der Polemik scharfe Worte fallen.

Ein Mitglied in seinem Schlusswort, es werde Sache der deutschen Delegation sein, im Sinne des über uns angelegten Entgegenkommens zu wirken, damit das Vertrauen zu einander je geklärt werde, wie es im Interesse eines erproblichen Zusammenarbeitens notwendig.

Darauf wird der Bericht des Vorstandes zur Kenntnis genommen bzw. die Genehmigung des Rechnungsberichts ausgesprochen.

Nachdem noch ein Wahlprotokoll aus Kassel dahin erledigt worden, daß das angebotene Mandat wohl für giltig erklärt, die Haltung des Frankfurter Bezirksverbandes in dieser Frage jedoch für geandert erklärt wurde, und nach Verlesung einer großen Zahl Begrüßungsgramme wird die Sitzung um 4 Uhr nachmittags auf Dienstag vertagt.

**Intimes aus den Kreisen der Scharfmacher.**

g. Halle a. S., 23. Juni.

Ein sehr interessanter Briefwechsel, der einen reizvollen Einblick in den Scharfmacher-Verband der Maurermeister von Magdeburg und die Baugewerkschaft Berufs-gesellschaft der Provinz Sachsen gewährt, kam am Montag vor der hiesigen Strafkammer zur Verhandlung. Angeklagt war der Druckereibesitzer und Scharfmacher des Gies- und Sackelshaus, Benno Ernst aus Barby, der den Maurermeister W. Schmidt von Magdeburg, den früheren Vorsitzenden des Unternehmerverbandes und Vorstandsmittglied der Berufs-gesellschaft beiliegend haben sollte. Das Blatt des Angeklagten vertritt die Tendenz des Scharfmacherverbandes, und W. Schmidt konnte sich mit dem Angeklagten nicht vertragen, da Ernst mit allen großen Schritten gegen die Arbeiter und ihre Organisationen zu Werke ging, Ernst hatte auf Empfehlung einer Frau Sanitätsrätin Bennewitz die Druckarbeiten für die Gesellschaft und für den Unternehmerverband erhalten, diese Arbeiten aber auf Veranlassung W. Schmidts der damals Vorsitzenden der Gesellschaft war, verloren. Was die Frau Sanitätsrätin mit der Berufs-gesellschaft zu thun hatte, kam leider in der Verhandlung nicht zur Sprache.) Gelegentlich mehrerer in Magdeburg stattgehabter Streiks der Bauhandwerker hatte W. Schmidt als Vorsitzender den Mauern die höchsten Löhne bewilligt, worüber seine Kollegen ganz empört waren. W. Schmidt sollte den Vorken niedersetzen, weil er in dem Unternehmerverband als „Verräter“ angesehen wurde; er sollte mit bekannten Magdeburger Sozialdemokraten partiiert haben, und der Angeklagte veröffentlichte in seinem Blatt jährlich einen „idmündigen“ Artikel, in dem W. Schmidt als Verbandsvorsitzender dersh mitgenommen wurde. W. Schmidt wurde als notwendig bezeichnend, was als ein Verstoß hingewiesen, dem das Geschehliche. W. Schmidt hatte sich früher in einem an die Kollegen gerichteten Flugblatt verteidigt und nach Ausschreiben aus seinen Knechten darlegte, daß er seine Knechte freiwillig niedergelagt habe.

Das Landgericht Magdeburg, welches sich zuerst mit der Sache beschäftigte, verurteilte Ernst wegen Beleidigung W. Schmidts zu einem Monat Gefängnis. Auf eingeleitete Revision kam der

Reichsgericht, hob das Landgericht Magdeburg am 17. Dezember vorigen Jahres das Urteil auf und erkannte auf 14 Tage Gefängnis. Es hatte anerkannt, daß Ernst, dem die Druckarbeiten entgegen zu werfen, die Arbeiter misshandeln, aber aus dem erwähnten Grund nicht in der Beleidigung der Beleidigung Vorwürfe gegen W. Schmidt waren, die Absicht der Beleidigung gelogert. Auf allemal eingeleitete Revision hob das Reichsgericht auch das zweite Urteil auf und verwies die Sache dann an das Landgericht Halle. Zur Aufhebung führte hauptsächlich die Höhe der Verlesung des § 199 des St. G. B., es sei verdrüsslich, anzunehmen, daß eine Kompensation zweier Beleidigungen — W. Schmidt sollte nämlich ebenfalls beledigt haben — nur dann erlösen könne, wenn die Verlesung der Beleidigung zeitlich unmittelbar folge. Ferner ergab Revision die § 211 des St. G. B., daß die Verlesung ohne weiteres als eine Form nach § 193 anzusehen sei, aus welcher die Absicht der Beleidigung zu folgern sei; an sich brauche die Verlesung nicht eine solche Form zu sein.

Der Angeklagte bestritt, sich der Verbreitung nicht erweislich mauer Handlungen schuldig gemacht zu haben. W. Schmidt habe ihn zuerst beledigt und ihm als ein beledigtes Subjekt bezeichnet. Er sei nur wegen Vergehens und wegen seiner Ueberzeugung beledigt worden. Das Landgericht Magdeburg habe den Grund, daß er die Beleidigungen W. Schmidt auf der Stelle habe erwidern müssen, unangebracht gehalten und gelangt, unter den obwaltenden Umständen, könne nach einem Grundriss auf der Stelle bei Beleidigungen nicht gesprochen werden. Das Flugblatt W. Schmidts sei auch zur Kenntnis der Sozialdemokraten gekommen und dann tüchtig ausgebeutet worden. W. Schmidt als Vorsitzender habe den Streikhandlungen des Arbeitgeberverbandes entgegen dem Willen der Arbeiter mit höheren Löhnen eingewilligt, als er durfte. Wenn im Flugblatt ein „scharfer Artikel“ stand, habe W. Schmidt wegwerfend gesagt: „Ja, das rührt von Ernst her.“

In der Beweisansicht schätzten die verärgerten Kollegen W. Schmidts eine ganze Schale Jorns über ihren früheren Vorken. W. Schmidt habe zu lange amtierender Vorstand der Berufs-gesellschaft sei, kein geeigneter Vorken für die Unternehmung gewesen. Der Redakteur Ernst habe W. Schmidt im Jahre 1898 in einer Vorstandssitzung der Berufs-gesellschaft als beledigtes Subjekt bezeichnet. Maurermeister Ernst, W. Schmidt, habe sich zu dem Zeitpunkt, als die Berufs-gesellschaft an und erklärte, auch der Regierungsvertreter der Berufs-gesellschaft sei mit W. Schmidt nicht zufrieden gewesen, da W. Schmidt den Vermitteln der Berufs-gesellschaft schuld war. W. Schmidt habe die Beleidigung des Vorstandes nicht ausgesprochen und dem Angeklagten die Arbeiten entgegen dem Willen der Arbeiter mit höheren Löhnen bewilligt, was die Berufs-gesellschaft beiliegend bekommen und sollte dafür Arbeiten leisten, was wohl nicht geziehen sei. W. Schmidt den Ernst als ein beledigtes Subjekt bezeichnete, habe Zeuge das dem Ernst nicht mitgeteilt.

Die Angeklagte führte fröhliche Direktor und Syndikus der Bau-Berufs-gesellschaft Magdeburg über W. Schmidt, Vertreter habe gegen ihn intrigiert und ihn in Gemeinschaft mit dem Vertreter vom Heißverführeramt, einem Regierungsrat Schulz, demüthigt. Es sei dann gegen ihn, den Zeugen, zu einer Unternehmung wegen Unterhaltungen gekommen. Er sei in einer Zusammenkunft gewesen und W. Schmidt habe ihn, den Heißverführeramt Schulz, vor sich führen müssen. Seine Herren trügen den Hauptanteil der Schuld an den Verhältnissen in der Berufs-gesellschaft. Das Bestreben gegen ihn und all die Dinge, die in seinen Prozess hineinbrachten, sei in Beamtentreiben als eine Dretusende bezeichnet worden. Im Zuge der Verhandlung wurde Ernst, der die Angeklagte, den W. Schmidt, dem Redakteur Ernst 2500 Mk. zu viel Verdienst gegeben haben. Als Ernst abredete, habe aber wieder noch etwas rausbekommen. W. Schmidt sei es „nicht wert gewesen“ in der Berufs-gesellschaft ein solches Amt zu bekleiden.

Maurermeister Karl Kästel, Magdeburg, sagte, W. Schmidt habe sich in seine Stellung, wenn nicht, benommen. Bei den Unterhaltungen bei Ernst a. hätte er immer die Absichten der Maurer und Arbeiter vertreten. Er, Zeuge, habe das Gefühl, daß W. Schmidt das ihm gegebene Vertrauen „schändlich“ missbraucht habe. W. Schmidt sei das Betrug im Arbeitgeberverband beiliegend worden. W. Schmidt in einer Verlesung sei er schuldig gezeichnet worden, sein Amt als Vorsitzender niedersetzen. Vor einem solchen Mann mußte man „wachen“ der Angeklagte, Redakteur Ernst, hingegen, das war ein Mann, der eine konervative Richtung vertrat.

Maurermeister Dorendorf war der Ansicht, daß der Angeklagte gute und preiswerte Arbeit lieferte. W. Schmidt hingegen habe ein zweideutiges Verhalten an den Tag gelegt; man sei im Arbeitgeberverband froh gewesen, als er sein Amt niedergelagt hatte. Zur Berufs-gesellschaft gehörte die Bezirke Magdeburg, Merseburg und Gritt; der Vorstand besteht aus 9 Personen, und W. Schmidt war zur Zeit Vorsitzender. Ende des Jahres 1902 wäre seine Amtszeit für gut abgelaufen.

Nach der festgestellten Beweisvernehmung erschien nicht der Mann mit der konstanten Richtung, sondern mehr W. Schmidt, der den Mauern ein paar Feuillets mehr verdienen lassen wollte, als der Angeklagte. Kein Wunder, daß W. Schmidt, der als „Rebentläger“ angesehen werden sollte, zur Verhandlung nicht erschienen war. Der Staatsanwalt blieb dabei, daß Angeklagter nicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und beauftragte nach ganz kurzer Darlegung des Sachverhalts wieder 2 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte sagte aber, das Reichsgericht habe anerkannt, daß er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Er habe die Beleidigung W. Schmidts auf der Stelle erwidert, da er vor der Veröffentlichung seiner Artikel von den Reuherren W. Schmidts Kenntnis bekommen

Mein diesjähriger grosser Inventar-Abschluss beginnt Montag den 30. Juni a. c. Geschäftshaus . Lewin Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.



## Der Preshgraf vor Gericht.

Die Gerichtsverhandlung gegen den Grafen Preshgraf Klein-Edingere, über deren Ausgang wir bereits berichtet haben, bot einige ungewöhnliche Zwischenfälle, die von dem Gericht mit einer sonst nicht üblichen Geduld ertragen wurden.

Der Graf hat nach seinen Angaben die Feldbahn zerlösen lassen, weil er sich über den Richter der ihm gehörigen Parzelle geärgert hatte. Der Edle sagte die Sache mit äußerster Pardonlosigkeit auf:

**Graf Preshgraf:** Ich habe überhaupt nicht geglaubt, daß das ein Objekt im Sinne des § 305 sei. Ich dachte, daß ich eine kleine Sachbeschädigung, da kann er mich verklagen.

**Vorf.:** Es hätte doch leicht ein Unglück geschehen können, und das ist doch hier nur durch einen Zufall verhindert worden. Sie haben sich bereit gehalten, die Feldbahn zu zerlösen?

**Graf Preshgraf:** Ja. — **Vorf.:** Wenn Sie Richter wären, würden Sie sich das gefallen lassen? — **Graf Preshgraf (lachend):** Dann würde ich sagen: Gott, bauen wir die Gesellschaft wieder. Und dann wäre die Sache ausgemacht. Ich hätte aber keine Anzeige gemacht; ich hätte das als Scherz aufgeführt. Ich wollte dem Manne einen kleinen Schabernack spielen. (Zum Richter:) Nicht wahr, außerdem kennen wir uns sehr gut; nicht wahr? Ich hätte nicht geglaubt, daß er das angeht.

**Vorf.:** Das konnte doch auch ein anderer zur Anzeige bringen. Sie sind doch selber Jurist gewesen. Sie waren Referendar?

**Graf Preshgraf:** Ja, Gott, ich bin eine Zeitlang Referendar gewesen. Ich habe es als Scherz, als Spatz aufgeführt. Außerdem war ich in der Politik tätig; ich habe gar nicht an die juristische Seite gedacht. Das war vielleicht unüberlegt (lachend), ich glaube, es liegt in meinem Charakter etwas Gewalttätiges, ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß eine Strafanzeige erfolgt.

Die vier Arbeiter setzen aus, sie hätten den Befehl befolgt, weil der Graf ihr Brotzeug sei und sie ihres Brotes nicht verlustig gehen wollten.

**Graf Preshgraf:** Die Leute sind eben gewöhnt zu thun, was ich befehle. Ich bin der einzige verantwortliche Redakteur. (Seitwärts.) Ich nehme alles auf mich.

Der Staatsanwalt beantragt aus formal-rechtlichen Gründen Freisprechung und behält sich für den Fall, daß das Gericht anderer Meinung sei, die Unterbindung des Angeklagten auf seinen Weisheitszustand vor.

**Vorf.:** Haben Sie noch etwas zu bemerken, Herr Graf? **Graf Preshgraf:** Ich bitte höchst zu nehmen auf meine soziale Stellung und auf meine Tätigkeit als politischer Führer, als Führer der nationalen Parteien.

Der halsbänderige Berater des Gerichtshofes erklärt der Vorsitzende, daß das Gericht beschloffen habe, nochmals in die Beweisaufnahme einzutreten.

Geh. Sanitätsrat Dr. Neumann (ein 70-jähriger Herr) leistet den Zeugen eid.

**Vorf.:** Was ist Ihre Meinung? **Sachv. Dr. Neumann:** Es ist eine etwas schwierige Frage, die an mich herantritt, weil ich noch niemals mit dem Grafen Preshgraf gesprochen habe, wir haben uns zumellen wohl gesehen. Ich habe eine ganze Reihe von Zeitungsberichten erhalten, Gespräche gehört etc., nach denen allerdings Graf Preshgraf sich in früherer Zeit etwas eigenmächtig...

**Graf Preshgraf (unterbrechend):** Verzeihen Sie, soll der Herr mich auf meine geistige Zurechnungsfähigkeit untersuchen? Ich fasse das als persönliche Beleidigung auf, ich weiß ganz genau, was ich zu thun und zu lassen habe.

**Vorf.:** Ich bitte, sich ruhig zu verhalten. **Graf Preshgraf:** Ich erkläre also, daß ich das als persönliche Beleidigung auffasse, ich bitte, sich danach zu richten.

**Vorf.:** Ich erlaube Sie, sich zu nähern. Sie haben den Herrn Sachverständigen nicht zu unterbrechen!

**Graf Preshgraf:** Als persönliche Beleidigung! Ich erkläre das hiermit, wenn jemand mich auf meinen Weisheitszustand untersuchen will, denn ich gehöre mit zu den Führern der politischen Parteien.

**Vorf.:** Es ist der Antrag gestellt worden, den Gutachter zu vernehmen. Also bitte, nun unterbrechen Sie uns nicht weiter.

**Graf Preshgraf:** Ich bitte die Herren, die Konsequenzen sich zu überlegen. **Vorf.:** Ich bitte den Herrn Gutachter, fortzufahren. **Geh. Sanitätsrat Neumann:** Ich weiß nicht, ob Graf Preshgraf an Krankheiten früher gelitten hat oder ob in seiner Familie irgendwelche geistigen Störungen vorgekommen sind. (Graf Preshgraf ruzt: Niemals, niemals!) Ob er erblich belastet. (Graf Preshgraf: Auch nicht.)

Der Vorsitzende fordert den Grafen Preshgraf wiederholt auf, den Gutachter nicht zu unterbrechen. **Graf Preshgraf:** Ich kann nur sagen, daß er mit einem Größenbewußtsein, ich will nicht sagen, mit Größenwahn behaftet ist. Seine Rede am 6. Juni d. J. in Berlin war derartig, daß man sich wundern muß, daß ein Herr, der Offizier gewesen, der Jura studiert hat, der den höchsten Kreisen angehört, sich in einer solchen maßlosen Weise ausdrücken kann.

**Graf Preshgraf (unterbrechend):** Das war eben notwendig.

**Vorsitzender:** Seien Sie doch still. **Sachverständiger:** ... Ich folge Schimpfereien erlaubt. Wenn er auf die Juden schimpft, wie kommen die Glogauer Juden dazu, daß diese ganz besonders beschimpft werden? **Graf Preshgraf (unterbrechend):** Wehört gar nicht wieder. **Vorsitzender** weist diese Unterbrechungen scharf zurück.

**Graf Preshgraf:** Aber das ist doch für mich beschimpfend, daß der Mann über meine geistigen Eigenschaften schimpft. Das ist doch ein Skandal, man wird immer wie ein Schaf behandelt.

**Sachverständiger:** Verlosungsideen kommen zum Vorschein in jeder Rede, wo er bespaßelt, daß man ihn in der Schweiz habe verhaften wollen.

**Graf Preshgraf (schreiend):** So ist es auch gewesen. Wenn ich sage, so ist es gewesen, dann ist es so. Ich möchte mal sehen, wenn Sie Gift schlucken müssen.

Der Vorsitzende macht den Angeklagten, der in immer größerer Erregung schreit, auf die Folgen aufmerksam und droht ihm sofortige Abführung in dreitägigen Arrest an.

**Sachverständiger:** Er jagt dann weiter in der Versammlung, daß er die Bahn kurz und klein geschlagen habe, und daß er von den Gerichten unanständig behandelt werde. **Graf Preshgraf:** Unwürdig, habe ich gesagt. Ich bitte, das zu konstatieren.

Der Sachverständige kommt nun nochmals auf die Verleumdungsgeschichte zurück und erklärt, da kann man den Mann nicht mehr für normal halten.

**Graf Preshgraf:** Kann ich Sie es auch nicht, verzeihen Herr, ich werde Ihnen meine Karteikarte schicken. **Vorf.:** Jetzt sind Sie endlich einmal fertig; setzen Sie mich nicht in die Lage, Sie abhören zu lassen.

**Sachverständiger:** Es würde sich empfehlen, den Angeklagten auf sechs Wochen in eine Landes-Zyrenanstalt zu bringen. Ich beantrage dieses. **Der Staatsanwalt** hält eine solche Prüfung für nicht notwendig.

**Vorf.:** Haben Sie noch etwas zu sagen? **Graf Preshgraf:** Nein, ich finde es unerhört.

**Vorf.:** Werden Sie still sein, Angeklagter! Während der hierauf folgenden Beratung des Gerichtshofes führt Graf Preshgraf folgende Rede: „Was ist mir unerhört! Ich, der ich seit drei Jahren für Deutschland lechte; das ist eine Beleidigung.“

Das Urteil lautet: Das Gericht sieht auf dem Standpunkte, daß Graf Preshgraf im Besitze seiner Geisteskräfte ist. Der Richter war zur Errichtung der Feldbahn berechtigt, die Zerstörung hätte ein Unglück zur Folge haben können, wenn nicht zufällig ein Vorarbeiter vorausgegangen wäre und den Schaden bemerkt hätte. Graf Preshgraf wird zu sechs Wochen und Impulsober Richter zu vier Wochen Gefängnis verurteilt und ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt. Die vier Arbeiter werden freigesprochen.

Das muß man sagen: Die Glogauer Richter sind den Tölpeln des Grafen Preshgraf mit ihrer oberflächlichen (Schund und hässlicher) Nichtbeachtung. Was man wohl annehmen kann: Sterbliche Richter, wenn er im öffentlichen Gerichtssaale als Angeklagter einen Sachverständigen gefordert hätte!

## Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 25. Juni.

### Eine Entladung.

vorzunehmen, ist heute immer weniger angenehme Aufgabe. Seit Wochen und Monaten wird von einem an sich kleinen Klügel für Freunde aller Arbeiterfreunde in gewissenloser Weise Verleumdung um Verleumdung gegen die Verwaltung des Allg. Konjunkturvereins geschleudert und die ganze Entwicklung des Vereins in Frage gestellt. Die Versammlungen des Vereins haben durch das Treiben des Klügel ein Charakter erhalten, dessen sich jeder ehrliche Arbeiter schämen muß. Als wir bereits vor mehreren Wochen die heimtückische Minderarbeit als Komploit bezeichneten, dessen Seele Herr Stahlmann sei, spielten die Herren und namentlich Herr Stahlmann selbst die Entschuldigung vor, was wir sagten, und Herr Stahlmann hat bekanntlich nicht verstanden, daß von der ihm in öffentlicher Versammlung und wiederholt ins Gesicht geschleuderten Bezeichnung „Lügner“ zu reinigen. Um jedoch jedes Demütigen dieses Herrn und seiner Freunde diesmal unmöglich zu machen, wollen wir eine feine Entladung vornehmen. Wir machen vorweg, daß wir heute die Entladung des Herrn Stahlmann nur soweit vornehmen wollen, als seine Eintragsarbeiten gegen den Konjunkturverein in Frage kommt, daß die Entladung vorläufig noch nicht ausgedehnt werden soll auf Befragung von Vorkommissionen aus seinem Belieben, die ihn voraussichtlich auch für seine nächsten Freunde sofort unmöglich machen müßten, wenn sie allgemein bekannt würden.

Seit Herr Stahlmann im vorigen Herbst durch die von der Generalversammlung des Allgemeinen Konjunkturvereins vorgenommene Wahl seines Amtes als Mitglied des Aufsichtsrates verlustig gegangen ist, scheint er sich Mittel, seinen kleinsten Geistes die Fingel schmeißen zu lassen. Das Wohl des Vereins gilt ihm nichts; er verfolgt nur das eine Ziel, wieder in die Verwaltung zu gelangen. Zu diesem Zwecke fest er alles daran, die jetzige Verwaltung des Konjunkturvereins zu stürzen. Obwohl er früher selbst für Errichtung einer eigenen Bäckerei und für das Zentrallager gewesen ist, benutzt er die von Bäckereimeistern und hiesigen kaufmännischen Lieferanten aus Ausführung dieser Projekte erzeugte Erörderung, um die Verwaltung als unsäglich und lächerlich zu diffundieren. Die schandbaren Absatzen, welche in den letzten Versammlungen des Konjunkturvereins vorliefen, fanden in Herrn Stahlmann ihre Seele, und schon ist er wieder bereit, für die auf nächsten Freitag abend am Generalversammlung die Absatzen vorzubereiten.

Vorigen Sonntagabend veranmelte er nämlich seine Getreuen — es waren 19 Mann — im Restaurant zum Gutentagen, Königsstraße 21. In der einleitenden Ansprache hob Herr Stahlmann hervor, daß alle Mittel angewendet werden sollten, um die Gründung des Zentralagers und der eigenen Bäckerei zu Halle zu bringen. Es handelte sich nicht nur darum, die gegnerische Partei zu stürzen. Auf den Genossen W. Zehle war Herr Stahlmann begründeterweise besonders schlecht zu sprechen. Er gab die Parole aus, daß Zehle sofort niedergebrielt werden solle, sobald er bei irgend welcher Frage das Wort ergreife; auch den Gen. Albrecht, Hildner, Zement und Dünmig wurde das zugehört. Dabei ist Genosse Dünmig gar nicht Mitglied des Vereins und hat noch nie eine Versammlung desselben besucht. Die Idee des Niederbriellens fand die begeisterte Zustimmung des Klügel, in dem die Glitte der Hirsds-Dunker'schen Gewerkschaft vertreten war. Darauf wurden die fünf Punkte festgelegt, welche zu Angriffen auf die Verwaltung nächsten Freitag benötigt werden sollten und welche inzwischen schon in Eingangsliste hiesiger bürgerlicher Blätter bekannt gegeben worden sind.

Der Feldzugplan wurde für das Vorgehen in der Versammlung vollst. sofort nach Eröffnung der Versammlung vollst. Herr Stahlmann die Abweisung des Projektes über Gründung der Bäckerei und des Zentralagers von der Tagesordnung beantragte. Wird der Antrag nicht genügend unterstützt, dann soll in der Debatte die Verwaltung aufs schärfste angegriffen werden und Stahlmann soll den Antrag auf Ablehnung der Vorlage einbringen. Nach der mittels gestempelter Bettel erfolgten Stimmabgabe soll der Antrag auf Ablehnung der Gesamtverwaltung gestellt und eine provisorische Verwaltung eingeleitet werden, bis eine zwei Wochen

später einberufende Versammlung die neue Verwaltung wählt. In die neue Verwaltung sollen von der jetzigen nur die Herren Glogauer, Bonig und Klügel gewählt werden, während der Geschäftsführer Schmidt, Köstner, Meißner und alle anderen Aufsichtsratsmitglieder durch neue Männer aus der Garde des Herrn Stahlmann ersetzt werden sollen.

Sollte nun alles das nichts nützen und die Mehrheit der Versammlung die Errichtung der Bäckerei und des Zentralagers beschließen, so soll ein Klügel aus Halle in Halle zu werden. Herr Stahlmann hoffte auf den Austritt von 3000 Mitgliedern. Und mit welchen Mitteln er dabei vorgehen gedenkt, bemerken seine Worte: „Aber wir wollen nicht austreten; wir wollen unterminieren und die anderen müde machen.“

Gestern abend wurden in demselben Restaurant die Versammlung wiederholt, doch fehlte diesmal Herr Stahlmann, und auch von den anderen Goldhähnen waren nur ein oder zwei erschienen. Bekannt wurde gegeben, daß heute in der Saale-Zeitung ein neues Eingelände gegen die Verwaltung des Allgemeinen Konjunkturvereins erscheinen werde, das wiederum wie die früheren Schmach und Verleumdungsgarbel den Schriftleiter bescheide, die zum Verfall hat, und auch in eben gedachten Versammlungen bewohnt und in ihnen das große Wort mit führte.

Wir meinen, die Entladung des Komploists genügt, um es unmöglich zu machen. Die Verwaltung hat bisher in kaum erfindbarer Weise mit verächtlichen Armen dem lächerlichen Treiben der Klüge zugehört. Sie hat jetzt sofort die Schritte zu unternehmen, die durch das Verstoßensgesetz vorgeschrieben sind, um weiteren Gefährdungen des Vereins vorzubeugen. Tut sie das nicht, dann wird die große Mehrheit der Mitglieder, die von dem Stahlmann'schen Klügel und seiner Mannwerkarbeit nichts wissen will, ihrerseits auf Enttötung einer Verwaltung zu dringen haben, die den Querschnitt ein Ende zu machen versteht. Auf zwei Stühle kann man sich bekanntlich nicht setzen.

Betreffs der Versammlung am Freitag sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß der Zutritt nur gegen Vorweisung des blauen Mitgliedsbuches gestattet ist und daß die Mitgliedskarte diesmal nicht zur Teilnahme an der Versammlung berechtigt. Die Verwaltung hat sich zu dieser Maßregel entschließen müssen, weil in letzter Zeit von gewisser Seite merkwürdig viele Duplikatskarten verlangt worden sind, die einen beabsichtigten Mißbrauch derselben nachdrücklich machen.

### Zum Wauerkreiß.

In der heute abend in der Moritzburg stattfindenden Versammlung wird der Verbandssitzende Bümelburg, Kammer, dessen großes Gesicht bei Leitung des eben beendeten Vereinsjahreskongresses allgemein anerkannt worden ist, das Referat erstatten.

\* Ein Genosse von kurzer Dauer ging gestern nachmittag über unsere Stadt hinweg, wobei der Witz an mehreren Stellen eingeschlagen hat. So fuhr derselbe in den Schornstein der Polledien Maschinenfabrik, und zwar in der neuen Anlage, die sich auf dem Terrain der alten Zichorienröhre befinden. Der Weiser, der sich im Feuerwerk befand, wurde zur Seite geschoben, blieb aber sonst unversehrt. Vom Schornstein wurde eine kleine Losgeräusche. Ferner schlug der Witz in das Haus Martinsberg 11 ein und zerbrach dort die Telefonleitung, ebenso die im benachbarten Landhäusergebäude. Größere Schäden wurde nicht angedeutet, nur die Wände sind etwas beschädigt.

In derselben Zeit war die Feuerwehr nach der Feuerlinie gerufen worden, wo die Bodenramme eines Hauses in Brand geraten war. Das Feuer wurde schnell gelöscht.

\* Aus dem Patentamt. Wie aus das Patentbureau von Ripp u. Büttner, Berlin NW. 6, mitteilt, sind u. a. Patentanmeldungen eingegangen von J. G. Feiner, Magdeburg, für einen selbsttätigen Telefon-Übertragungsapparat, von Heiler, Eulenburg in Halle für ein Mäherwerk an Düngeflugmaschinen, von Franz v. Ketheln, Schloß Strau (Kreis Bitterfeld) für einen Mäherapparat. Anmeldungen als Gebrauchsmuster haben eingereicht Walm u. Co., Raumburg, auf einen Mäherapparat aus Holz, zwei- und dreifach, hergestellt aus Schloßburg, und Herr Bräuer, auf einen transportable Grabenmaschine, bestehend aus getriebenen Dientkabeln. Den Gebrauchsmusterrecht erhielten die Firma Louis Beyer hier für eine durch einen Sieg in zwei Teile geteilte Schüssel mit Deckel, die Gebr. Schöng für eine Wenderkel, die Maschinenbau-Unternehmens AG. in Berlin für einen neuartigen Zirkularsormer.

\* Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Dienstag mittag gegen 12 Uhr in der Beerenstraße. Dortselbst geriet ein Geschirrführer im Alter von 18-20 Jahren der Firma Schmidt aus Giebichenstein unter dieäder seines eigenen Wagens, welcher mit Steinen beladen war. Der Wagen ging dem Unglücklichen über Hüften und Kopf. Ein hinzugezogener Arzt leitete die erste Hilfe, bis der Krankenwagen den Verletzten nach der Klinik beibrachte.

Die Wasserarbeiten in der Brunnenstraße und H. Golenstraße sind zu vergeben. Anmeldungen sind bis 27. Juni vor mittag 10 Uhr im Stadtkassamt einzubringen.

\* Zoologischer Garten. Gestern, Dienstag, nachmittag ist „Gerda“ die Löwin-Wutter wiederum zweier Wölfein geboren und unterrichtet sich auch mit diesem Wurf noch immer vortrefflich von der Löwin der Fabel, die sich brüht mit dem bekannten „Gins, oder einen Löwin“.

\* Zeit. Was Arbeitern geboten wird. In der Fabrik von Degelow u. Co. wurde von einem Schmeiderei-Arbeiter verlangt, er solle eine Arbeit für 5 Pfg. leisten, für die er bisher 7 Pfg. erhalten hatte. Als der Arbeiter sich das nicht bieten ließ, wurde er ohne Kündigung entlassen. Und als er seine Sachen holen wollte, wurde ihm der Eintritt in die Fabrikräume mit dem Bemerkten verweigert, er mache sich damit des Hausfriedensbruchs schuldig. Ein Meister drohte ihm sogar Schläge mit einer Eisenkette an, obwohl der Arbeiter nur sein Geld und seine Papiere holen wollte. Auch einem anderen Arbeiter suchte der Meister mit einer Eisenkette vor der Nase herum, weil der Arbeiter zur Befriedigung eines Bedürfnisses einen Platz verlassen hatte. Eine Arbeiterin ist sogar von diesem Meister ins Gesicht geschlagen worden. Es wäre sehr notwendig, daß bei dem Fabrik'sch Beschwerden über den Meister geführt wird, damit man dann sehen kann, ob die Fabrikleitung mit einer derartigen Behandlung der Arbeiter einverstanden ist. Dabei ist der Meister zwar im Besitz einer Vorhofhandlung, aber als Meister scheint er nicht allzu viel los zu haben, wenigstens mußte er einen Ventilator, den er für die Weberei liefern sollte, nach wochenlangen Verstrittenen

